

In: Corinna Hauswedell (Hg.), Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen: Klartext 2006, S. 99-114

## Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt

Gottfried Niedhart

### *Détente als antagonistische Kooperation*

Auch Politiker, die gemeinhin nicht in dem Ruf stehen, überzogene Erwartungen an die Auswirkungen einer Entspannung im Ost-West-Konflikt gehabt zu haben, brachten Anfang der 1970er zum Ausdruck, dass sich die Form des Konfliktaustrags offenbar geändert hatte. Der Zustand des Konflikts konnte in der Wahrnehmung der Konfliktparteien nicht mehr mit dem Begriff des Kalten Kriegs adäquat beschrieben werden. Der britische Premierminister Heath differenzierte schon 1971 zwischen „cold war“ und „détente“.<sup>1</sup> Helmut Schmidt, damals Bundesfinanzminister, sprach im Herbst 1973 von einer Entschärfung der Blockkonfrontation, so dass die „traditionellen Kategorien ‚Ost‘ und ‚West‘ an Bedeutung verloren“ hätten.<sup>2</sup> Der ideologische Gehalt des Ost-West-Konflikts hatte an Brisanz verloren. Das Abflachen des Systemkonflikts ließ allerdings den Machtkonflikt unberührt. Entspannungspolitik hieß für Schmidt, der von Anfang an vor Euphorie und Illusionen warnte, „Fortsetzung der Gleichgewichtspolitik mit anderen Mitteln“.<sup>3</sup>

Auch der amerikanische Präsident Nixon meinte 1973, man befinde sich nicht mehr im Kalten Krieg. Zwar hielt er die sowjetische Bedrohung nach wie vor für eine Realität und warnte – nicht zuletzt mit Blick auf die von ihm verachteten sozialdemokratischen Weltverbesserer – vor Naivität und vertrauensseligem Idealismus. Aber er stellte nicht in Abrede, dass sich in den Ost-West-Beziehungen durchaus ein deutlicher Wandel eingestellt habe. Er nannte auch den Schlüsselbegriff, der die neue Form des Umgangs miteinander bezeichnete.

---

<sup>1</sup> Heath an Brandt 27.9.1971. Willy Brandt Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn (WBA), Bestand Bundeskanzler, 52. – Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines von der Fritz Thyssen Stiftung finanzierten Forschungsprojekts über die Rolle der Bundesrepublik in den Ost-West-Beziehungen 1968-1972 entstanden, das der Autor zusammen mit Dr. Oliver Bange an der Universität Mannheim betreibt.

<sup>2</sup> Schmidt in einer Begrüßungsrede für seinen amerikanischen Kollegen George Shultz am 5.10.1973 in Bonn. Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), Dep. Schmidt, 5990.

<sup>3</sup> Schmidt, damals Verteidigungsminister, während einer Sitzung des Parteirats der SPD am 13./14.11.1970. AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokolle des Parteivorstands. Vgl. auch Schmidt an Brandt 13.8.1970. Willy Brandt, Berliner Ausgabe. Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bearb. v. Frank Fischer, Bonn 2005, S. 325ff.

Es sei der Dialog zwischen beiden Seiten, der die Welt verändert habe.<sup>4</sup> Was Schmidt schon im August 1969 nach Gesprächen mit der sowjetischen Führung in Moskau für möglich gehalten hatte, war tatsächlich eingetreten. Der „Wunsch nach gegenseitiger Berührung und gegenseitigem Kontakt“, den Schmidt auf sowjetischer Seite verspürt und den er für „glaubwürdig“ gehalten hatte,<sup>5</sup> trug dazu bei, dass es zu Beginn der 1970er Jahre in bisher nicht gekannter Weise zu einem Ausbau der Ost-West-Kontakte kam. Henry Kissinger schließlich sprach im Jahr der KSZE von „modernen Methoden“, mit denen die Beziehungen zur Sowjetunion – anders als im Kalten Krieg – neuerdings gestaltet werden konnten, auch wenn der Grundkonflikt mit der Sowjetunion nach wie vor nicht gelöst sei.<sup>6</sup>

Der Entspannungsprozess wurde von verschiedenen Seiten mit durchaus unterschiedlichen Zielsetzungen betrieben. Das Hauptmotiv der Supermächte lautete Besitzstandswahrung. Sowohl die Sowjetunion als auch die USA waren an die Grenze ihrer weltpolitischen Belastbarkeit gekommen. Die „Imperien des Kalten Kriegs“ zeigten deutliche Risse.<sup>7</sup> In Osteuropa war die Breschnew-Doktrin als Antwort auf den ‚Prager Frühling‘ der mühsame Versuch, die sowjetische Vorherrschaft noch einmal zu behaupten. Von einer nachhaltigen Stabilisierung konnte hingegen keine Rede sein.<sup>8</sup> Die USA sahen sich mit einer Situation konfrontiert, in der sie sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie befunden hatten: der Gefahr einer „globalen Überdehnung“.<sup>9</sup> Die aus der Nachkriegszeit vertraute Bipolarität löste sich nicht auf, wurde aber ansatzweise von Multipolarität in den internationalen Beziehungen ergänzt. Die Volksrepublik China, Japan und Westeuropa wurden auch von den Supermächten als neue Akteure von eigenem Gewicht wahrgenommen. Die Nachkriegszeit war noch nicht vollständig abgeschlossen, aber ihre Strukturen begannen sich aufzulösen. Ablesbar war dies an der weltweiten Reform- und Protestbewegung, die sich chiffrageartig mit dem Jahr 1968 verbindet, sowie an der Transformation des Kalten Kriegs als *einer* Form des Ost-West-Konflikts

---

<sup>4</sup> Nixon im Gespräch mit Golda Meir 1.3.1973. Nixon antwortete auf Meirs Glückwünsche zu den bisherigen Ergebnissen der Détente-Politik: „I want to give you congratulations from the depth of my heart on your revolutionizing the world and creating for the first time hope in the hearts of people that we are approaching the end of wars. That people with different ideas and beliefs can live in peace. This is a great contribution.“ National Archives and Records Administration, College Park, Maryland (NARA), Nixon Presidential Material (Nixon), National Security Council (NSC), Presidential HAK Memcons (PresHAK), 1026.

<sup>5</sup> Schmidt bei einer Sitzung des Parteirats der SPD am 25.8.1969. AdsD, SPD-Parteivorstand, Vorstandsprotokolle.

<sup>6</sup> Kissinger während einer Unterredung zwischen Präsident Ford und dem japanischen Premierminister Miki am 5.8.1975 in Washington. Gerald Ford Library, Amherst. Zit. nach einer ungedruckten Dokumentation, die von Hedwig Giusto, Mircea Munteanu und Christian Ostermann anlässlich einer in Florenz 2003 veranstalteten Konferenz „The Road to Helsinki. The Early Steps to the CSCE“ zusammengestellt worden ist.

<sup>7</sup> Zu den „Cold War empires“ John L. Gaddis, *We Now Know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997, S. 26ff.

<sup>8</sup> Matthew J. Ouimet, *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill 2003.

<sup>9</sup> Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main 1989, S. 538.

zur *Détente* als einer *neuen* Form des Konfliktaustrags.<sup>10</sup> An die Stelle der Konfrontation trat das Bemühen um antagonistische Kooperation.<sup>11</sup>

Die Anfänge der Entspannungspolitik sind in den frühen 1960er Jahren zu suchen, als Kennedy und Chruschtschow sowohl Machtproben wagten, als auch deren Gefährlichkeit erkannten. Mitte der 1960er Jahre profilierte sich das Frankreich de Gaulles als europäischer Pionier der *Détente*. Die Bundesrepublik war zunächst Objekt dieser Entwicklung, weil die Auflösung der aus dem Kalten Krieg stammenden Denkmuster erhebliche Auswirkungen auf einen Staat haben musste, der als Produkt des Kalten Kriegs gegründet worden war. An der Frontlinie einer Auseinandersetzung gelegen, die als „wirklicher Krieg“ begriffen wurde,<sup>12</sup> beschwor die Bundesrepublik der Ära Adenauer den antikommunistischen Gründungskonsens und berief sich auf die Zusage der westlichen Siegermächte, dass die Lösung der deutschen Frage als unabdingbare Voraussetzung für jegliche Politik der Entspannung zu gelten habe.<sup>13</sup> Als der Westen spätestens seit der 1958 von der Sowjetunion ausgelösten Berlin-Krise und dem Bau der Mauer 1961 von dieser Position abrückte, musste die Bundesrepublik ihre deutschlandpolitische Orthodoxie aufgeben, um nicht innerhalb des Westens isoliert zu werden. Auch Adenauer erkannte dies in den letzten Jahren seiner Amtszeit. Dasselbe gilt für seinen Nachfolger Ludwig Erhard. Eine Neuorientierung erfolgte aber erst seit 1966 mit der Regierung der Großen Koalition und endgültig 1969 mit der sozial-liberalen Regierung, als eine „neue“ Deutschland- und Ostpolitik auf den Weg gebracht wurde.<sup>14</sup> Damit wurde die Bundesrepublik zum Subjekt, phasenweise sogar zum Pionier der Entspannungspolitik. Unterhalb der Ebene der Supermächte – aber von Bedeutung auch für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen – hatte die Bundesrepublik als „vielfach vernetzte Ausgleichsmacht“<sup>15</sup> einen bedeutsamen Anteil an der Deeskalation des Konflikts.

---

<sup>10</sup> Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.), 1968: *The World Transformed*, Cambridge 1998; Jeremi Suri, *Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente*, Cambridge, Mass. 2003; Jussi Hanhimäki, *Ironies and Turning Points: Détente in Perspective*, in: Odd Arne Westad (Hg.), *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*, London 2000, S. 326-342.

<sup>11</sup> Zum Begriff Werner Link, *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, 2. Aufl. Stuttgart 1988.

<sup>12</sup> So die Autoren des Schlüsseldokuments NSC-68, das für die Einstellung der USA zur Sowjetunion im Frühjahr 1950 richtungweisend war. Im Schlussabsatz heißt es: „[...]the Cold War is in fact a real war in which the survival of the free world is at stake.“ *Foreign Relations of the United States (FRUS) 1950*, Bd. 1, S. 292.

<sup>13</sup> Gottfried Niedhart / Normen Altmann, *Zwischen Beurteilung und Verurteilung: Die Sowjetunion im Urteil Konrad Adenauers*, in: Josef Foschepoth (Hg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988, S. 99-117.

<sup>14</sup> Klaus Schönhoven, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969*, Bonn 2004; Oliver Bange, *Ostpolitik und Détente in Europa. Die Anfänge 1966-1969*, Habilitationsschrift Mannheim 2004; Gottfried Niedhart / Oliver Bange, *Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 415-448.

<sup>15</sup> Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994*, Paderborn 1995, S. 448.

## *Aktive Ostpolitik durch Kommunikation*

Bevor Willy Brandt in Bonn Außenminister und später Bundeskanzler wurde, hatte er als Berliner Regierender Bürgermeister ausgiebig Gelegenheit, die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts zu erfahren und Ansätze zu seiner Deeskalation zu erproben. Den Grundgedanken, Kontakte nach Osten entwickeln zu wollen, statt sich abzuschotten, vertrat er schon vor der Berlin-Krise.<sup>16</sup> Seit dem Bau der Berliner Mauer verfolgte er ihn unter dem Druck der Ereignisse mit großer Konsequenz. Zusammen mit seinem Pressesprecher Egon Bahr entwickelte Brandt ein Konzept, aus dem im Laufe der Jahre praktische Politik werden sollte. Zentral für alle Überlegungen war ein Begriffspaar: Realität und Kommunikation. Die Respektierung der Nachkriegsrealitäten war die entscheidende Voraussetzung für Gespräche mit der Sowjetunion. Die sich dann entwickelnde Kommunikation sollte dazu dienen, die bestehende Konfrontation abzubauen. Wenn es gelänge, einen Dialog aufzubauen, mit dem mehr erreicht werden konnte „als nur eine Unterbrechung in dem Duell zwischen Ost und West“,<sup>17</sup> bestünde auch eine Möglichkeit zur „Transformation der anderen Seite“. So lautete eine 1963 gebrauchte Formulierung, die das Ziel einer kommunikativen Ostpolitik erkennen ließ. Bahr fand dafür die Formel, die den Kern der neuen Deutschland- und Ostpolitik prägnant erfasste: „Wandel durch Annäherung“.<sup>18</sup>

Das Scheitern der bisherigen Deutschlandpolitik lag darin begründet, dass die Westmächte von ihr abrückten, weil sie gegen die Sowjetunion nicht durchsetzbar war. Damit aber die Hinnahme der Nachkriegsrealitäten nicht zur passiven Kapitulation geriet, bedurfte es einer aktiven Ostpolitik. Schon Anfang 1958 hatte Brandt unter ausdrücklicher Würdigung der Leistung Adenauers, der „unser Verhältnis zur westlichen Welt [...] in Ordnung“ gebracht habe, moniert, die „deutsche Außenpolitik“ stehe „seit 1949 auf einem Bein“. Es sei an der Zeit, „auch das andere Bein – und das heißt Ostpolitik – herunterzusetzen.“<sup>19</sup> Mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 wuchs die Kritik an der bisherigen Haltung des Abwartens und des Pochens auf Rechtspositionen. „Die neue Ostpolitik,“ wie es einer ihrer publizistischen Wegbereiter formulierte, „entstand aus der Kritik an der alten.“<sup>20</sup> Neu war, dass das nach 1945 errichtete

---

<sup>16</sup> Wolfgang Schmidt, Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 521-563.

<sup>17</sup> Brandt im August 1967 in einem Artikel „Entspannungspolitik mit langem Atem“. Brandt, Berliner Ausgabe (Anm. 3), S. 131.

<sup>18</sup> Beide Formulierungen entstammen Reden, die Brandt und Bahr am 15.7.1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing am Starnberger See gehalten haben. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 9, S. 565ff. und 572ff.

<sup>19</sup> Brandt am 17.1.1958 in einem Vortrag „Betrachtungen zur internationalen Politik“. Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001, S. 219.

<sup>20</sup> Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995, S. 118.

sowjetische Imperium in Bezug zum vorausgegangenen Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion gesetzt wurde und die sowjetische Herrschaft nicht mehr beseitigt, sondern verändert werden sollte. Die neue Ostpolitik stand im Schatten von zwei Kriegen: dem Zweiten Weltkrieg, der in Europa von Deutschland ausgegangen war und gut zwanzig Jahre nach seinem Ende im kollektiven Gedächtnis der Europäer noch überaus präsent war; und dem Kalten Krieg, der sich auf Deutschland und Europa gelegt hatte und das Land wie den Kontinent teilte. In dieser Lage hatte die Ostpolitik eine doppelte Funktion. In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg war sie Versöhnungspolitik, im Hinblick auf den Kalten Krieg verstand sie sich als Deeskalationspolitik. Darüber hinaus aber versuchte die Bundesrepublik die Entspannungspolitik zu nutzen, um aus dem Schatten der Kriege hervorzutreten und auf die Überwindung der aus beiden Kriegen resultierenden Teilung Deutschlands und Europas hinzuwirken.

Anders formuliert: die Ostpolitik in der von Brandt und Bahr entwickelten Variante war mehr als nur Gleichgewichtspolitik mit anderen Mitteln. Sie stellte die Verständigung an den Anfang und war um Stabilität in den Ost-West-Beziehungen bemüht, denn „Transformation setzte Stabilität voraus.“<sup>21</sup> Darüber hinaus aber zielte sie auf Wandel im Osten, der westlichen Interessen zugute kommen und im Laufe der Zeit die zunächst anerkannten Realitäten verändern sollte. Ostpolitik war nicht nur Verständigungs-, sondern auch Interessenpolitik. Wie die Entwicklung aussehen könnte, skizzierte Bahr Ende 1965 in sechs Thesen: „1. Eine zunehmende Ost-West-Entspannung ist erwünscht. 2. Deutschland darf in dieser Entwicklung nicht isoliert werden. 3. Wir müssen den Prozess der Wandlung im Ostblock fördern. 4. Dazu sind wirtschaftliche und kulturelle Kommunikationen, auch gemeinsame Projekte, nützlich. 5. Mit der Sowjetunion ist ein langfristiges Programm zur Normalisierung der praktischen Beziehungen zu entwickeln. 6. Innerhalb Deutschlands sollen faktisch die gleichen Kommunikationen errichtet werden wie zwischen der Bundesrepublik und Ost-Europa.“<sup>22</sup>

### *Kommunikation als Leitbegriff*

Wie bereits angeklungen ist und wie auch Bahrs Terminologie zeigt, spielte der Begriff der Kommunikation im neuen ostpolitischen Denken eine richtungweisende Rolle. Gemeint war damit in einem umfassenden Sinn alles, was Kontakte herzustellen und zu fördern geeignet war. Dem Bau der Mauer, die Ausdruck der Abgrenzung war, setzten Brandt und Bahr den Appell entgegen, die Erstarrung der Fronten durch Überwindung der Sprachlosigkeit aufzubrechen. An die Stelle der Festungsmentalität auf beiden Seiten wollte Brandt seit 1962/63 den „Austausch“ zwischen Ost und West setzen, nach

---

<sup>21</sup> Helga Haftendorn, Transformation und Stabilität – Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik, in: Horst Möller / Maurice Vaisse (Hg.), Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S. 17.

<sup>22</sup> Aufzeichnung Bahrs vom 13.11.1965. AdsD, Dep. Bahr 1/EBAA 000030.

„gemeinsamen Projekten“ suchen und „so viele sinnvolle Verbindungen auch zum kommunistischen Osten“ herstellen, „wie jeweils erreichbar sind“: „Wir brauchen soviel reale Berührungspunkte und soviel sinnvolle Kommunikationen wie möglich.“<sup>23</sup>

In den 1960er Jahren waren es an der Schwelle zur Ost-West-Entspannung und neuer Informationstechnologien nicht nur einige Politiker, die darüber reflektierten, wie „über die Grenzen unterschiedlicher Bündnis-, Staaten- und Gesellschaftssysteme hinweg geeignete Kommunikations- und Kooperationsstrukturen“ entwickelt werden könnten.<sup>24</sup>

Kommunikationstheoretischen Ansätzen waren auch Politikwissenschaftler wie Karl W. Deutsch verpflichtet, der für den Zweck der Analyse politischer Entscheidungen mit dem Begriff der Kybernetik operierte.<sup>25</sup> Einen neuen Schub erhielt dieser Ansatz, dessen Vertreter sich gegen die realistische Schule in der Lehre von den Internationalen Beziehungen abgrenzten, als nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in Anlehnung an Jürgen Habermas der Handlungstyp des kommunikativen Handelns demjenigen des strategischen Handelns gegenübergestellt wurde.<sup>26</sup> Ersterer ist, stark vereinfacht formuliert, verständigungsorientiert, während letzterer auf Überwältigung der anderen Seite und auf Durchsetzung eigener Positionen zielt. Verständigung kann auch darüber hergestellt werden, worin ein Konflikt besteht bzw. weiter besteht. Kommunikation heißt also keineswegs, dass die Verfolgung eigener Interessen aufgegeben wird. Der anderen Seite wird das Angebot gemacht auszuloten, ob eine Deeskalation bestehender Konflikte möglich ist und inwieweit Kooperation an die Stelle von Konfrontation treten kann. Kommunikatives Handeln verlangt ein „Einverständnis“, „auf dessen Basis jeder der Beteiligten seine eigenen Interessen und Pläne realisieren kann.“<sup>27</sup> Die dichotomische Gegenüberstellung von kommunikativem und strategischem Handeln lässt offen, wo der Übergang zwischen beiden Handlungstypen liegt. Im konkreten Fall ist situationsspezifisch zu prüfen, wo sich beide Handlungstypen überlappen.<sup>28</sup> Die Ostpolitik der Bundesrepublik als Variante westlicher Entspannungspolitik ist auf genau diesen Punkt hin zu untersuchen.

---

<sup>23</sup> Brandt unter Rückgriff auf eine Rede, die er im Oktober 1962 an der Harvard Universität gehalten hatte, am 15.7.1963 in Tutzing. Wie oben Anm. 18, S. 567.

<sup>24</sup> Helga Haftendorn, Bedingungen einer Politik der Entspannung, in: Manfred Funke (Hg.), Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt, Bonn 1975, S. 242.

<sup>25</sup> Karl W. Deutsch, Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg 1969. Vgl. auch ders., The Analysis of International Relations, Englewood Cliffs 1968.

<sup>26</sup> Verwiesen sei hier nur auf den eine längere Debatte auslösenden Aufsatz Harald Müller, Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1994), S. 15-44. Bezug genommen wird auf Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt 1981.

<sup>27</sup> Jürgen Habermas, Entgegnung, in: Axel Honneth / Hans Joas (Hg.), Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“, 3. Aufl. Frankfurt 2002, S. 371.

<sup>28</sup> Dazu auch Thomas Risse, Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Gunther Hellmann / Klaus Dieter Wolf / Michael Zürn (Hg.), Die neuen Internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2003, S. 110ff.

## *Kommunikative Akte*

Die Bundesrepublik hatte, als sie in der deutschen Frage nicht mehr auf den gewohnten Rückhalt durch die USA und deren *roll back*-Strategie setzen konnte, schlechterdings keine Alternative zu einer Politik des Dialogs. Im Kommunikations-Paradigma konnte Macht, über die die Bundesrepublik im herkömmlichen Sinn souveräner Staatlichkeit und militärischer Art nicht verfügte, durch Kontakt und Verhandlungsangebote ersetzt werden. Schon Adenauer schlug in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft diesen Weg ein, als er sich unter strenger Geheimhaltung vergeblich darum bemühte, mit der Sowjetunion auf der Basis des Status quo ins Gespräch zu kommen. In Berlin dagegen kam es zu Verhandlungen. Die vom West-Berliner Senat eingeleitete Politik der ‚kleinen Schritte‘ führte im Dezember 1963 zum ersten Passierschein-Abkommen, das die Mauer für Momente wieder einen Spalt öffnete. Zuvor waren im selben Jahr Handelsvertretungen der Bundesrepublik in Warschau, Bukarest und Budapest eröffnet worden. Die sogenannte Friedensnote der Regierung Erhard und die Aussetzung der Hallstein-Doktrin für die Staaten des Warschauer Pakts durch die Regierung der Großen Koalition waren weitere Bekundungen, die Sprachlosigkeit des Kalten Kriegs überwinden zu wollen.<sup>29</sup>

Die eigene Bereitschaft zur Kommunikation erfolgte in der Erwartung bzw. Hoffnung, sie werde entsprechende Reaktionen beim Adressaten auslösen. Dies war nachhaltig erst der Fall, als die sozialliberale Regierung eine neue Phase der Ostpolitik einleitete. Die Zeit, „in der das direkte Gespräch mit der sowjetischen Führungsetage nicht existierte,“<sup>30</sup> ging definitiv zu Ende. Auf beiden Seiten kamen „kommunikative Methoden“ verstärkt zum Einsatz.<sup>31</sup> Besondere Signale der Entspannungsbereitschaft seitens der Bundesregierung waren die Anerkennung der DDR als Staat im Oktober 1969 oder die einen Monat später erfolgte Unterzeichnung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Das sowjetische Angebot zu Verhandlungen über einen Gewaltverzicht wurde aufgegriffen. Parallel zur Aufnahme von Verhandlungen durch Bahr und Gromyko in Moskau wurde ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Für jedermann sichtbar wurde nicht nur Kommunikationsbereitschaft signalisiert, sondern eine Politik der Ost-West-Kommunikation auch praktisch eingeleitet, die schließlich in den KSZE-Prozess mündete.<sup>32</sup> Bei dessen Beginn machte die Bundesregierung eine „verbesserte Zusammenarbeit“ zwischen Ost und West ausdrücklich davon abhängig, dass

---

<sup>29</sup> Peter Siebenmorgen, *Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik*, Bonn 1990; Gottfried Niedhart, *The East-West Problem as Seen from Berlin: Willy Brandt's Early Ostpolitik*, in: Wilfried Loth (Hg.), *Europe, Cold War and Coexistence 1953-1965*, London 2004, S. 285-296; Franz Eibl, *Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966*, München 2001; Dirk Kroegel, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition*, München 1997.

<sup>30</sup> Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 251.

<sup>31</sup> Helga Haftendorn, *Versuch einer Theorie der Entspannung*, in: *Sicherheitspolitik heute* 1975, H. 2, S. 232.

<sup>32</sup> Karl E. Birnbaum, *The Politics of East-West Communication in Europe*, Farnborough, Hants. 1979.

„zugleich die Kommunikation verbessert wird. Sie ist ein wesentliches Element für jeden wirklichen Fortschritt im Ost-West-Verhältnis; das Maß ihrer Verwirklichung ist der wichtigste, konkret sichtbare Maßstab für Entspannung und Kooperation. Es muss uns daher darauf ankommen, auf einer KSZE diesem Gedanken – auch im Hinblick auf die entsprechende Fragestellung im Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland – möglichst wirksam Geltung zu verschaffen.“<sup>33</sup>

Nicht für jedermann sichtbar war eine ebenfalls in diesen Zeitraum fallende Verbesserung der kommunikativen Infrastruktur. Zwischen dem Bonner Kanzleramt und dem Kreml wurde auf sowjetische Initiative eine direkte Nachrichtenverbindung eingerichtet. Auf diese Weise war es möglich, parallel zum herkömmlichen diplomatischen Prozedere Informationen sowohl zu übermitteln als auch zu erbitten. In der Tat wurde „die Chance, neben den förmlichen Gesprächen einen informellen Kontakt zu entwickeln,“<sup>34</sup> während der zum Moskauer Vertrag führenden Verhandlungen wiederholt genutzt. Bahr konnte mit der sowjetischen Seite nicht nur am Verhandlungstisch in den Räumen des sowjetischen Außenministeriums kommunizieren, sondern auch über den sogenannten Kanal, über den Nachfragen erfolgten und informelle Erläuterungen gegeben werden konnten.<sup>35</sup> Kurz zuvor war ein „back channel“ auch zwischen dem Weißen Haus in Washington und dem Kanzleramt in Bonn eingerichtet worden, so dass die Bundesregierung seit Ende 1969 über spezielle Nachrichtenverbindungen zu beiden Supermächten verfügte.

Die Beziehungen zur Sowjetunion hatten in der Ostpolitik Vorrang, weil der Dialog mit Moskau nur in Gang kommen konnte, wenn die Hegemonialstellung der Sowjetunion in Osteuropa zunächst einmal anerkannt wurde. Gleichzeitig wurden aber auch deutsch-polnische Gespräche aufgenommen. Der schon 1967 von der Regierung der Großen Koalition artikulierte Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen, wie der zeitgenössische Begriff für Deeskalation lautete, war zunächst ohne positives Echo geblieben. Dies änderte sich im Mai 1969, als der polnische Parteichef Gomulka Verhandlungen über einen Grenzvertrag vorschlug. Zur Erwiderung auf Gomulkas Rede wählte Außenminister Brandt eine nicht-staatliche Kommunikationslinie. Solange keine offiziellen Beziehungen mit Ostblockstaaten bestanden, war dieser Weg der Nachrichtenübermittlung allgemeine Praxis.<sup>36</sup> Im vorliegenden Fall fungierte als Briefträger der Krupp-Manager Berthold Beitz, der seit langem über ausgedehnte Ostkontakte verfügte. Brandt ließ in Warschau ausrichten, die

---

<sup>33</sup> Vom Kabinett verabschiedete „Leitlinien der Bundesregierung für die ‚Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa‘ (KSZE)“ vom 18.5.1972. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1972, S. 581f.

<sup>34</sup> Bahr, Zeit (Anm. 28), S. 283.

<sup>35</sup> Zur Einrichtung und Praxis des Kanals Bahr, Zeit (Anm. 28), S. 282ff. und Wjatscheslaw Keworkow, Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik, Berlin 1995.

<sup>36</sup> Daran beteiligt waren Journalisten, die gelegentlich auch informelle Kontakte herstellten, und Vertreter verschiedener Bereiche wie Wissenschaft, Kultur, Kirche Wirtschaft etc. Für Polen siehe etwa Hansjakob Stehle, Zufälle auf dem Weg zur neuen Ostpolitik. Aufzeichnungen über ein geheimes Treffen Egon Bahrs mit einem polnischen Diplomaten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 159-171.



„Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen“ zähle „unbestritten zu den wichtigsten außenpolitischen Aufgaben“.<sup>37</sup>

Am Weihnachtstag 1969 wandte sich Brandt, inzwischen Bundeskanzler geworden, „persönlich und nicht-öffentlich“ an den polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz. Ungeachtet aller bestehenden Schwierigkeiten sei es für die Zukunft von größter Bedeutung, zu einer „Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten“ zu kommen und, „was noch wichtiger wäre“, zu einer „Aussöhnung zwischen Ihrem und meinem Volk“.<sup>38</sup> Ein Jahr später war der Warschauer Vertrag unter Dach und Fach, mit dem die „Ergebnisse der Geschichte“ angenommen wurden.<sup>39</sup> Anlässlich seiner Unterzeichnung im Dezember 1970 kam es darüber hinaus als Ausdruck besonderen Gedenkens zu der Geste, die für das Streben nach Versöhnung von höchster Symbolkraft werden sollte, zu Brandts Kniefall am Mahnmal des Warschauer Ghettos. Hier wurde sichtbar, dass sich Kommunikation nicht nur im Medium der Sprache vollzog. Von Brandts Körpersprache ging das Signal aus, „am Abgrund der deutschen Geschichte“ nach neuen Formen der wechselseitigen Wahrnehmung und des Umgangs miteinander suchen zu wollen.<sup>40</sup> Im Gesamtzusammenhang der sozial-liberalen Außenpolitik, die – wie erwähnt – im Schatten des Nationalsozialismus und des Kalten Kriegs stand, zugleich aber auch selbstsicher für die Bundesrepublik eine gleichberechtigte Position in der internationalen Politik beanspruchte, rückte Brandts unvergleichliche Geste, die anfangs sowohl in Polen als auch in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland keineswegs auf einhellige Zustimmung stieß, die Schuldanerkenntnis „ins Zentrum staatlicher Außenrepräsentation“. Dass sich „demonstratives Selbstbewusstsein und Anerkennung der Schuld“ nicht gegenseitig ausschlossen, bestätigte sich auch, als Brandt 1973 Israel besuchte.<sup>41</sup>

### *Perzeption der anderen Seite*

Der Warschauer war im Unterschied zum Moskauer Vertrag nicht nur ein Gewaltverzichtsvertrag, sondern explizit ein Grenzvertrag. Darin kommt ein Grundzug der Ostpolitik zum Ausdruck, der ihren spezifischen Beitrag zur Deeskalation des Ost-West-Konflikts markiert. Die Bundesrepublik erkannte die

---

<sup>37</sup> Brandt an Beitz 2.6.1969. WBA, Außenminister, 2.

<sup>38</sup> Brandt an Cyrankiewicz 25.12.1969. AAPD 1969, S. 1470f.

<sup>39</sup> Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt 1989, S. 213.

<sup>40</sup> Ebd. S. 214.

<sup>41</sup> Dazu Friedrich Kießling, Täter repräsentieren: Willy Brandts Kniefall in Warschau. Überlegungen zum Zusammenhang von bundesdeutscher Außenrepräsentation und der Erinnerung an den Nationalsozialismus, in: Johannes Paulmann (Hg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005, S. 219ff., Zitate S. 223.

Sicherheitsinteressen der Warschauer Pakt-Staaten an und zeigte sich dem Grundsatz der Bestandssicherung verpflichtet.<sup>42</sup> Die Respektierung des territorialen Status quo und der Verzicht auf Infragestellung der sowjetischen Hegemonialstellung waren die Voraussetzung, an die die Sowjetunion den Gewaltverzichtsvertrag mit der Bundesrepublik und das Berlin-Abkommen mit den Westmächten knüpfte. Beide Verträge waren 1970 und 1971 bedeutsame Etappen der Deeskalation des Ost-West-Konflikts. Damit wurde deutlich, dass nicht nur die Bundesrepublik den Besitzstand der anderen Seite garantierte, sondern auch die Sowjetunion, die ihrerseits Realitäten wie die zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin gewachsenen Verbindungen anerkannte. Brandts Prognose vom Februar 1969, die Sowjetunion wünsche „ihrer eigenen Interessen wegen nicht nur Konfrontation, sondern auch Kommunikation“, <sup>43</sup> erwies sich als zutreffend. In einer Phase, als Europa noch unter dem Eindruck des sowjetischen Einmarschs in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 stand, konnte Brandt an seinem Kommunikationsmodell festhalten, weil seine Wahrnehmung der Sowjetmacht zwar deren brutale Seite nicht übersah, sie aber eher als Zeichen der Schwäche und nicht der Angriffslust interpretierte.

Damit folgte Brandt einer Deutung der sowjetischen Politik, die wenige Wochen nach der Militäraktion auch Bahr und Carl Friedrich von Weizsäcker teilten. Weizsäcker hatte zu diesem Zeitpunkt noch seine Professur für Philosophie an der Universität Hamburg inne, bevor er Ende 1969 in Brandts erster Regierungserklärung als Berater der Bundesregierung bei der angestrebten Institutionalisierung der Friedensforschung genannt wurde und 1970 die Leitung des Starnberger Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt übernahm. Weizsäcker und Bahr perzipierten die Sowjetunion nicht als Bedrohung für die Sicherheit der westlichen Welt, sondern als Militärmacht, die ihren eigenen Herrschaftsbereich unter Kontrolle halten wollte und zugleich mit Desintegrationserscheinungen konfrontiert war. Die sowjetische Führung sehe sich in einer Position des relativen Niedergangs, auf die der Westen, um Verzweiflungsschritte der sich bedrängt fühlenden Supermacht zu verhindern, nicht mit starken Worten oder neuen Rüstungsmaßnahmen reagieren solle. Vielmehr sei es vordringlich, wie Weizsäcker präzise formulierte, der Sowjetunion „in ihrer Position der Schwäche eine Hilfe zu geben.“ Diese konnte nur darin bestehen, ihren Besitzstand zunächst einmal nicht in Frage zu stellen. Man müsse die „sowjetische Grundforderung“ erfüllen und also den „Status quo in Deutschland und Europa“ hinnehmen. Für Weizsäcker und Bahr stand dabei die Überzeugung im Hintergrund, langfristig deutschen Interessen zu dienen, wenn man kurzfristig der sowjetischen Interessenlage entsprach. Während die

---

<sup>42</sup> Auf dieses Kernelement einer auf Kommunikation zielenden Ostpolitik hat Bahr erst jüngst wieder in einem Interview hingewiesen: „Wir mussten uns zunächst einmal dem Osten zuwenden und ihn als vorhanden akzeptieren.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.2005, S. 41.

<sup>43</sup> Willy Brandt, Plädoyer für die Vernunft. Deutsche Außenpolitik nach dem 21. August, in: Der Monat 21 (1969), H. 245, S. 22.

Sowjetunion den Status quo in Europa bewahren wolle, strebe die deutsche Politik dessen Wandel an. Also galt, was auf den ersten Blick paradox erschien: „Der einzige Weg, diesen Status quo auf die Dauer zu ändern, bestünde möglicherweise darin, ihn zunächst als gegeben hinzunehmen und damit eine neue Ausgangssituation zu schaffen.“ Dieser Ansatz sei, so Weizsäcker, jedem Attentismus vorzuziehen. Damit begegne man den Gefahren, die in einem zu rasch fortschreitenden Differenzierungsprozess im Ostblock lägen, und unternehme gleichzeitig einen Versuch, „aus der sowjetischen Situation in Osteuropa Nutzen zu ziehen.“<sup>44</sup>

Die Herstellung von Kommunikation und die Vertragspolitik auf der Basis des Status quo hatten friedenspolitische Priorität, damit der Interessengegensatz mit der Sowjetunion nicht zu einer Eskalation des Ost-West-Konflikts führte. Primär kam es zunächst darauf an, der Sowjetunion keinen Anlass zum Einsatz ihrer militärischen Machtmittel zu geben. War diese Gefahr – zumal vor dem Hintergrund der Nuklearwaffen – einmal eingedämmt, konnte der, wie Bahr fand, „galoppierende Erosionsprozess“ des „sowjetischen Imperiums“ ausgenutzt werden.<sup>45</sup> Wandel im Osten sollte gefördert werden, ohne einen Umschlag in Gewalt zu provozieren. Die Lehre aus den Ereignissen von 1968 hieß, auf die Verträglichkeit von Stabilität und Wandel zu achten, nicht aber auf das Ziel der Herbeiführung von Wandel zu verzichten.

Verständigungsorientiertes und strategisches Handeln bildeten also eine konzeptionelle Einheit.

Der langfristig angelegte Revisionismus der neuen Ostpolitik<sup>46</sup> wurde weder in der DDR noch in der Sowjetunion übersehen. Das dortige Interesse an Entspannung ließ aber die Risiken in den Hintergrund treten, die mit einer schrittweisen Öffnung durch Kommunikation – nicht zuletzt auf wirtschaftlichem Gebiet – verbunden waren. Es war dieses Interesse, auf das sich Brandt bezog und das seine Sowjetunion-Perzeption als Ausgangspunkt für eine kommunikative Ostpolitik prägte. Er rechnete bei aller „Unsicherheit“, „die vom sowjetischen Machtzentrum ausgeht,“ und bei aller Begrenztheit der Möglichkeiten, „die sowjetischen Entscheidungen vorauszuberechnen,“ mit steigenden inneren Widersprüchen im sowjetischen Herrschaftsbereich. Die „engen Machtbeherrschungsinteressen der sowjetischen zentralen Führung“ kollidierten in den Augen Brandts mit zwei Tendenzen, die bei kluger Handhabung einen Ansatzpunkt böten, den Prozess des Wandels zu fördern: einmal mit dem Streben nach „Nationalität“ in Osteuropa, aber auch „in Teilen der Sowjetunion selbst“; zum anderen mit den „Zwangsläufigkeiten der modernen Industriegesellschaft“ und dem ihr inhärenten Verlangen nach

---

<sup>44</sup> Die Niederschrift des Gesprächs vom 17.9.1968 hat auch Außenminister Brandt vorgelegen. AdsD, Dep. Bahr 399/3.

<sup>45</sup> Bahr in einem Vortrag am 27.10.1968 bei einer Tagung der von v. Weizsäcker initiierten Vereinigung Deutscher Wissenschaftler über Weltsicherheit und europäische Sicherheit. AdsD, Dep. Bahr 72.

<sup>46</sup> Gottfried Niedhart, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967-1974, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 233-266.

„Austausch“, „Kontakt“ und „Öffnung“.<sup>47</sup> Mit anderen Worten: Für Brandt standen die Länder des Ostblocks, da sie auf einen Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen angewiesen waren, unter dem Zwang zur Konvergenz.<sup>48</sup>

Die konsequent verfolgte kommunikative Ausrichtung der Ostpolitik, deren Methodik auf den Erfahrungen der Westpolitik Adenauers aufbaute,<sup>49</sup> war auf ein Bemühen zurückzuführen, das generell für die Anbahnung von Deeskalationsschritten von zentraler Bedeutung zu sein scheint, auf das Bemühen, die Welt und sich selbst mit den Augen des Kontrahenten zu sehen. Die Fähigkeit zur Empathie war auch im Fall der deutschen Ostpolitik eine zentrale Voraussetzung für die Aufnahme von Kontakt und Dialog, die an die Stelle formalisierter und duellartiger Begegnungen treten konnten. Der Austausch zwischen beiden Seiten glich vielfach einem mühsamen Lernprozess. In einem seiner Berichte aus Moskau sprach Bahr von einer „gewissen West-Fremdheit“ seiner Gesprächspartner.<sup>50</sup> Ihr sollte durch realitätsnahe Informationen entgegengetreten werden, um das sowjetische Bild von der Bundesrepublik aufhellen zu können. Als Brandt selbst zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags im August 1970 nach Moskau reiste, notierte er für seine Begegnung mit Breschnew: „Bedeutung: was man daraus macht. Kennenlernen/Reden. Kontakt!“<sup>51</sup> Im Unterschied zum Kalten Krieg bot die Politik der Entspannung eine Chance für Vertrauensbildung durch Kommunikation. Es wurden „Erfahrungen gesammelt, wie man miteinander reden kann. Was die Intensität, die Offenheit und die Ernsthaftigkeit angeht, war dies erstmalig seit dem Ende des Krieges.“<sup>52</sup> Dass das direkte Gespräch immer wieder gesucht werden müsse, um Fehlwahrnehmungen entgegenwirken zu können, blieb eine Daueraufgabe, die vier Jahre später auch Helmut Schmidt als Brandts Nachfolger als dringend ansah. Nach wie vor sei die sowjetische Führung zu wenig mit den Realitäten im Westen vertraut.<sup>53</sup>

### *Dialog statt Duell*

---

<sup>47</sup> Brandt am 2.11.1968 bei einer Sitzung der Spitzengremien der SPD. Brandt, Berliner Ausgabe (Anm. 3), S. 213f.

<sup>48</sup> Dazu auch Dieter Groh / Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992, S. 293f.

<sup>49</sup> Brandt erkannte dies ausdrücklich mit der Feststellung an, dass Adenauer „in der Politik nach Westen der erste war, der das Wort von der ‚Anerkennung der Realitäten‘ für sich in Anspruch nehmen durfte.“ Willy Brandt, Konrad Adenauer. Ein schwieriges Erbe für die deutsche Politik, in: Dieter Blumenwitz u.a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 105.

<sup>50</sup> Bahr an Brandt 7.3.1970. AdsD, Dep. Bahr 429B/1. Nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags nahm Brandt in seinem Bericht für den Parteivorstand der SPD am 14.9.1970 diesen Begriff auf. Bei den Gesprächen in Moskau sei eine „gewisse Westfremdheit“ „unverkennbar“ gewesen. „Der westlichste Politiker, mit dem Breschnew je gesprochen habe, sei Ulbricht gewesen.“ Brandt, Berliner Ausgabe (Anm. 3), S. 336.

<sup>51</sup> Notizen Brandts für sein erstes Treffen mit Breschnew am 12.8.1970. WBA, Bundeskanzler 91.

<sup>52</sup> Bahr während einer Klausurtagung der Berliner SPD am 3.10.1970. AdsD, Dep. Bahr 301/2.

<sup>53</sup> Notizen Schmidts für eine Pressekonferenz am 22.10.1974. AdsD, Dep. Schmidt 131.

Gleichwohl kann festgehalten werden, dass die Feindbilder des Kalten Kriegs abgebaut wurden. Man war jetzt eher in der Lage, sich über wechselseitige Wahrnehmungen – auch und gerade, wenn sie differierten – zu verständigen. Bedenkt man die besondere Rolle, die die Bundesrepublik aus sowjetischer Sicht nicht zuletzt aus historischen Gründen spielte, so bestand ein zentrales Ergebnis der Ostpolitik darin, dass die Darstellung der Bundesrepublik als revanchistischer Akteur aufgegeben werden musste und damit eine Klammer unbrauchbar wurde, die gern zur Blockdisziplinierung im Warschauer Pakt eingesetzt wurde. An die Stelle der Konfrontation war nicht nur der Wunsch nach Kommunikation getreten, sondern auch die, wenn auch vielfach unvollkommen bleibende, Erfahrung mit Kommunikation. Dazu gehörten Verträge und Vereinbarungen bis hin zu der in der Schlussakte von Helsinki 1975 ausgesprochenen Selbstverpflichtung zu Austausch und Freizügigkeit.

Häufiger werdende Arbeitsbesuche und Gipfeltreffen zeigten an, dass sich die Beziehungen zwischen Ost und West verdichtet hatten. Ein besonderer Schritt auf diesem Weg war das Treffen Brandts mit Breschnew in dessen Sommerresidenz in Oreanda auf der Krim im September 1971. Auf sowjetische Einladung wurde ohne starre Tagesordnung über die internationale Lage insgesamt und den Stand der Ost-West-Beziehungen im besonderen gesprochen – ein präzedenzloser Vorgang, der in der Bundesrepublik und im westlichen Bündnis für enormes Aufsehen sorgte. Brandt nutzte die Gesprächschance selbstbewusst, aber er ließ keine Illusionen aufkommen. „Schwierige Themen“ seien „erst andiskutiert“ worden. Das „eigentlich Neue“ bestand für Brandt in der Art des Umgangs miteinander. Beide Seiten wüssten jetzt genauer, wo es „Übereinstimmungen, Annäherungen, Unterschiede“ gebe.<sup>54</sup> Pointiert formuliert, handelte es sich um die Verwestlichung der Kommunikation in den Ost-West-Beziehungen. Sei es ein Motorboot, mit dem Breschnew und Brandt eine Fahrt auf das Schwarze Meer hinaus machten, oder sei es die Yacht des amerikanischen Präsidenten, auf der die Unterredungen zwischen Kissinger und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin gelegentlich stattfanden<sup>55</sup> – auch die Orte ließen erkennen, dass sich die Ost-West-Gespräche vom Verhandlungsduell zum offener werdenden Dialog entwickelt hatten.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass sich zwar nicht mehr Feinde, aber immer noch Gegner gegenüber saßen. Aber genau darin – im Wandel vom Feind zum Gegner – bestand der Fortschritt, den die Détente gegenüber dem Kalten Krieg darstellte. Entspannung und Gegnerschaft waren miteinander verschränkt. Die Deeskalation des Konflikts bedeutete keineswegs, dass der Konflikt aufgehoben war. Darüber hinaus wurde beiderseits strikt darauf gesehen, die Deeskalation des zwischenstaatlichen Konflikts nicht auf den innenpolitisch-gesellschaftlichen Bereich zu übertragen. „Auch in der Phase der Entspannung,“ so wurde dem sowjetischen Botschafter in Bonn Ende Oktober

---

<sup>54</sup> Notizen Brandts 18.9.1971. WBA, Bundeskanzler 92.

<sup>55</sup> Zu Kissinger Jussi Hanhimäki, *The Flawed Architect. Henry Kissinger and American Foreign Policy*, Oxford 2004.

1970 bedeutet, blieben „Kommunisten Kommunisten“ und „Sozialdemokraten Sozialdemokraten“.<sup>56</sup> Auch in der Phase der Ost-West-Entspannung, ja geradezu begünstigt durch die Herstellung von Kommunikation, wurden die im Osten gefürchteten Pfeile des „Sozialdemokratismus“ gegen das „bolschewistische Dogma“ abgeschossen.<sup>57</sup>

### *Fortdauer von Interessengegensätzen*

Verschränkt mit der Politik der Deeskalation war die Strategie der Transformation, mit der friedlicher Wandel im Osten induziert werden sollte. In diesem Punkt kamen in den 1960er Jahren wesentliche Anregungen aus Washington, wo die Johnson-Administration mit ihrer Strategie des „bridge building“ Vorstellungen anhing, die denen Brandts vergleichbar waren.<sup>58</sup> Der Zustand der Entspannung blieb ein Konfliktzustand, weil der Status quo zwar respektiert, jedoch nicht legalisiert werden sollte. Längerfristig ging es nicht um die Deeskalation des Ost-West-Konflikts, sondern um seine Auflösung. Genauer als Bahr es in seiner Rolle als Vordenker der Ostpolitik tat, konnte es nicht formuliert werden: „Das Hauptziel der sowjetischen Europapolitik ist die Legalisierung des Status quo. Das Hauptziel unserer Politik ist die Überwindung des Status quo. Es handelt sich hier um einen echten Gegensatz der Interessen.“<sup>59</sup>

Beschreibt man den Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren als Durchbruch zur Deeskalation des Ost-West-Konflikts, so ist gleichzeitig zu unterstreichen, dass eine Deeskalation nicht bereits die Lösung des Konflikts bereithält. Tatsächlich blieben 1969/70 die Konfliktfelder (Deutsche Frage, Rüstungspolitik, Politik in der Dritten Welt, Menschenrechtsfragen) allesamt erhalten. Wie sich herausstellen sollte, war die Ost-West-Entspannung alles andere als ein linearer Prozess. In den unvermeidlichen Rückschlägen lag ein reales, vor allem aber psychologisch wirksames Gefahrenpotential, das die Gefahr des Rückfalls auf älteres Konfliktverhalten heraufbeschwor. Dass es in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren, die vielfach als zweiter Kalter Krieg bezeichnet werden, nicht zu einem Wiederaufleben des Kalten Kriegs nach dem Muster der 1950er Jahre kam, ist auf die Formen der Annäherung und

---

<sup>56</sup> So Hans-Jürgen Wischnewski bei einem Essen am 31.10.1970 mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, der sich „besorgt“ über die Abgrenzung der SPD von der DKP zeigte. Aufzeichnung von H.E. Dingels vom 4.11.1970. WBA, Parteivorsitzender, Verbindungen zu Referaten 59.

<sup>57</sup> Diese Begriffe finden sich in Brandts Ausführungen vom 2.11.1968. Brandt mahnte allerdings zur Zurückhaltung in der Auseinandersetzung. Wie oben Anm. 47, S. 214. Siehe dazu auch das mit „Sozialdemokratismus“ überschriebene Kapitel bei Bahr, *Zeit* (Anm. 28), S. 547ff. Lapidar konstatiert Bahr dort S. 547: „Die Sorge vor Sozialdemokratismus war berechtigt.“

<sup>58</sup> Thomas A. Schwartz, *Lyndon Johnson and Europe*. In *The Shadow of Vietnam*, Cambridge, Mass. 2003, S. 133ff., 150.

<sup>59</sup> Aufzeichnung Bahrs als Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt vom 18.9.1969. AAPD 1969, S. 1040.

des Kompromisses zurückzuführen, die in der Phase der Détente praktiziert worden sind.<sup>60</sup>

---

<sup>60</sup> Hanhimäki, *Ironies* (Anm. 10), S. 334ff.; Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. *Entspannung und Abrüstung*, München 1998, S. 273ff. Siehe dazu auch den Beitrag von Wilfried Loth in diesem Band.